
DIE ÖSTERREICHISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Rezension von: Fritz Klenner,
Die österreichische
Gewerkschaftsbewegung,
Verlag des ÖGB, Wien 1988,
712 Seiten, S 495,-

Diese „lange Kurzgeschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“ (Hans Fellingner im Vorwort) ist die Krönung des Werks von Fritz Klenner als Chronist des ÖGB und seiner Vorläufer. Diese Tätigkeit begann mit den ersten beiden Bänden des Standardwerkes „Die österreichischen Gewerkschaften“, die 1951 bzw. 1953 veröffentlicht wurden und die Nachfolge der „Klassiker“ von Ludwig Brügel und Julius Deutsch antraten. 1967 erschien erstmals Klenners Monographie der Gewerkschaftsbewegung als Kurzfassung und Fortschreibung der umfangreichen Bände aus den fünfziger Jahren. 1979 schloß Klenner „Die österreichischen Gewerkschaften“ mit dem dritten Band ab. 1981 gelangte im Verlag des ÖGB „Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung“ zur Veröffentlichung. Der vorliegende Band, „der in erster Linie für Gewerkschaftsfunktionäre und für an der Bewegung Interessierte geschrieben wurde“, verfolgt die Entwicklung der Arbeitnehmerorganisation bis ins Jahr 1987.

Da die Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte bis in die sechziger Jahre gegenüber der älteren Monographie nur wenig verändert wurde, konzentriert sich diese Besprechung auf jene Teile des Buches, welche die jüngere Vergangenheit zum Inhalt haben.

Im „Auf gefährdeter Überholspur“ betitelten Kapitel beschreibt Klenner,

1963 bis 1972 Generaldirektor der Bank für Arbeit und Wirtschaft, dann Aufsichtsratsvorsitzender dieses Instituts, daher immer am Puls des Wirtschaftsgeschehens, die ökonomische Entwicklung Österreichs in den siebziger Jahren. Im Gegensatz zu den gegenwärtig vollmundig auftretenden „Revisionisten“ zieht Klenner eine überwiegend positive Bilanz dieses Jahrzehnts. Österreichs Wirtschaft wuchs rascher als die der anderen europäischen Industriestaaten: das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich von 1970 bis 1979 real um 52 Prozent (durchschnittlich 4,3 Prozent pro Jahr). Österreich zählte zu den Ländern mit der ausgeprägtesten Preisstabilität: Die durchschnittliche Teuerungsrate belief sich auf 6,1 Prozent. Aus der Sicht der Gewerkschaften am bedeutendsten waren der starke Anstieg des Lebensstandards (Realeinkommen + 66 Prozent) und die Erfolge der Beschäftigungspolitik. Im Durchschnitt der siebziger Jahre betrug die Arbeitslosenrate 1,9 Prozent, es herrschte also Vollbeschäftigung. Im genannten Zeitraum wurden mehr als 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auf der Passivseite ortet Klenner zunehmende Strukturschwächen: „Die Infrastruktur ist schwerlastig im Grundstoff- und Konsumgüterbereich, die beide weltweite Überkapazität aufweisen und der Konkurrenz der Niedriglohnländer ausgesetzt sind. Auch konnte bisher der Inlandsmarkt den Bedürfnissen der Konsumenten nach Qualitätsware nicht ausreichend gerecht werden.“ (S. 469)

Auf dem 9. Bundeskongreß des ÖGB im September 1979 stand die Beschäftigungslage im Mittelpunkt. Noch konnte Präsident Benya im Einleitungsreferat darauf hinweisen, daß die Vollbeschäftigung aufrechterhalten und Jugendarbeitslosigkeit vermieden wurde.

Die Folgen der wirtschaftlichen Rezession der Jahre 1981/82 schlugen sich in den Themen und Diskussionen

des 10. Bundeskongresses im Oktober 1983 nieder. Dieser Kongreß stand unter dem Motto „Arbeit für alle. Schwierige Zeiten gemeinsam meistern“. Als sein Hauptanliegen bezeichnete der ÖGB die Bekämpfung bzw. Verhinderung der Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund forderte er weitere finanzielle Mittel für die in den staatlichen Beschäftigungsprogrammen vorgesehenen Infrastrukturinvestitionen und Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit in den Kollektivvertragsverhandlungen auf Branchenebene.

Zur Verstaatlichten Industrie, die sich bereits in einer schweren Krise befand, betonte der ÖGB, daß sich diese grundsätzlich an betriebswirtschaftlichen Zielen zu orientieren habe, aber doch stärker als private Unternehmungen auf regionale und Arbeitsmarktprobleme Rücksicht nehmen müsse. Solchen Rücksichten seien aber finanzielle Grenzen gesetzt, und sie dürften nicht zur Versteinigung von Strukturen führen. Der leitende Sekretär Erich Hofstätter unterstrich die Notwendigkeit der Umstrukturierung der Verstaatlichten Industrie, wandte sich aber entschieden gegen die Entindustrialisierung ganzer Regionen. In einer industriepolitischen Resolution setzte sich der ÖGB für die Beschleunigung des Umstrukturierungsprozesses der Industrie in Richtung technisch anspruchsvoller sowie arbeitsintensiver Güter mit hohem Qualitätsstand ein.

Das Thema Verstaatlichte Industrie besaß auch auf dem 11. Bundeskongreß im Herbst 1987 einen hohen Stellenwert. Der ÖGB hielt nachdrücklich fest, daß eine Grundstoffindustrie und Massenproduktionen fortzubestehen hätten und deshalb die Verstaatlichte Industrie in ihren Kernbereichen erhalten bleiben müsse. Die Überantwortung an die Privatwirtschaft biete keine Gewähr für eine volkswirtschaftlich effiziente Führung der Betriebe. Klenner wendet sich in diesem Zusammenhang entschieden gegen je-

de Diskussion umfassender oder gänzlicher Entstaatlichung, da dies einen Ausverkauf eines großen Wirtschaftsbereichs an ausländisches Kapital gleichkäme, was aufgrund der historischen Erfahrungen bedenklich wäre. „Einen Familienschatz darf man nicht zur Gänze versilbern. Mit einem Überhandnehmen ausländischer Konzerne würde Österreich zu einer Kolonie werden.“ (S. 528) An anderer Stelle meint Klenner zur Situation der Verstaatlichten Industrie im Jahre 1987: „Die Erneuerung der Basisindustrie wird auf Sicht trotz voreiliger Ankündigungen weiterer Kapitalzuführungen bedürfen und darf nicht an der mobilisierten Kleinmütigkeit der öffentlichen Meinung scheitern. Die Versäumnisse der Vergangenheit sind zu groß, um innerhalb weniger Jahre überbrückt werden zu können.“ (S. 481)

Auch der 11. Bundeskongreß setzte unveränderte Prioritäten. „Das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik ist für den ÖGB die Vollbeschäftigung.“ Da die erwünschte Verkürzung der Wochenarbeitszeit noch keineswegs in allen Branchen durchgesetzt worden war, ergriff der ÖGB erneut die Initiative: „Die seit dem 10. Bundeskongreß laufenden Bemühungen um Arbeitszeitverkürzung auf Betriebs- und Branchenebene sollen durch Gespräche über den Abschluß eines Generalkollektivvertrags fortgesetzt werden.“

Wie Sepp Wille während des letzten Bundeskongresses, greift auch Klenner in den das Buch abschließenden, die Zukunft betreffenden Überlegungen („An der Schwelle eines neuen Zeitalters“) ein heißes Eisen der Gewerkschaftsbewegung auf: das Industriegruppenprinzip. Klenners Standpunkt ist eindeutig: „Noch in dem zu Ende gehenden Jahrhundert wird eine Entscheidung über die Realisierung des Industriegruppenprinzips im ÖGB fallen müssen – je früher eine Vorentscheidung durch Einsetzung einer Kommission fällt, desto besser.

Nur mit einer Zuführung der Angestellten in die zuständige Fachgewerkschaft in einer nicht allzu fernen Zukunft kann die Auszehrung einiger Fachgewerkschaften der ‚Schornsteinindustrie‘ verhindert werden.“
(S. 643) Man darf gespannt sein . . .
Michael Mesch